

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

ich darf ja heute das Dutzend voll machen und als Fraktionssprecher meine 12. Haushaltsrede in Folge halten. Da wird es zunehmend schwer, noch irgendwas völlig Neues zu erzählen. Aber eines war tatsächlich ein Novum: die Vorberatungen zum Haushalt 2026 waren die am wenigsten kontrovers geführten Haushaltsberatungen, die ich bisher erleben habe.

Vor einem Jahr haben wir noch händeringend nach kleinsten Einsparungen im Verwaltungshaushalt gesucht, um über einen rechtskonformen Haushalt abstimmen zu können. Das war diesmal angesichts einer besseren Einnahmesituation deutlich entspannter. Aber so wie sich die Gewerbesteuer dann 2025 viel günstiger entwickelt hat als befürchtet, dürfen wir uns auf die für heuer wesentlich besser prognostizierten Zahlen nicht zu sehr verlassen.

Eine Aufgabe bleibt uns sowieso – in guten wie in schlechten Zeiten – und das ist jetzt wirklich gar nichts Neues mehr: die hohen Fixkosten im Verwaltungshaushalt spürbar zu reduzieren und uns so widerstandsfähiger zu machen gegenüber den unvermeidlichen Schwankungen bei der wichtigsten Einnahmenquelle.

Ich habe mich deswegen schon bei der Rede im letzten Jahr auf die Energiekosten für städtische Liegenschaften konzentriert, die insgesamt eine runde Million ausmachen.

Deshalb freut es uns, dass unserer Anregung entsprochen wurde und die PV-Anlage zur Eigenstromerzeugung auf der Nordseite des Rathauses nicht nur projektiert, sondern auch umgesetzt werden soll. Noch mehr Einsparpotenzial liegt natürlich in der ebenfalls von uns geforderten Freiflächen-PV-Anlage für die Kläranlage – unseren mit Abstand größten Strom-Verbraucher. Für diese sind zumindest die Planungskosten berücksichtigt.

Als dringender Wunsch bleibt uns da noch die Mittelschule. Uns überzeugt es bis jetzt nicht, warum da weder auf dem Dach noch an der Fassade PV möglich sein soll. Das wäre in jedem Fall ein Projekt, dem wir uns im Klimaschutz-Dialog noch einmal intensiver widmen müssen.

Die Energiekosten spielen auch bei den Parkhäusern mit eine Rolle, sind aber nicht alleine dafür verantwortlich, dass diese den Verwaltungshaushalt jedes Jahr wieder und durch die Sanierung in der Überfuhrstraße heuer wieder besonders stark belasten.

Das ist jetzt keine neue Erkenntnis, die Parkhäuser hatte ich jetzt wirklich 12 Jahre in Folge in meinen Haushaltsreden – und heuer hätte ich mir das vielleicht sogar gespart, wenn nicht von der Verwaltung die klare Ankündigung gekommen wäre, dass wir hier bald etwas entscheiden müssen. Die Gebühren anheben oder die zahlreichen Schlupflöcher schließen oder beides zusammen. Das wirklich Erstaunliche war, dass selbst diese Ankündigung keine Kontroversen ausgelöst hat. Schauen wir mal, ob das so bleibt, wenn das Thema demnächst auf die Tagesordnung kommt.

Vielleicht gelten die Grundsätze der Vernunft ja jetzt tatsächlich sogar bei Autoinfrastruktur. Wünschenswert wäre es, wenn wir in den kommenden Jahren unseren Investitionsstau auflösen wollen.

Natürlich weiß ich, dass unser Bürgermeister den Ausdruck "Investitionsstau" nicht hören will und weit von sich weist. Aber wenn wir statt dessen immer nur von einer >>langen Liste an millionenschweren Einzelprojekten, die kommunale Pflichtaufgaben betreffen, seit Jahren sorgfältig geplant werden und an deren Umsetzung nun endgültig kein Weg mehr vorbeiführt<< reden und diese immer länger werdende >>Liste an millionenschweren Einzelprojekten, die kommunale Pflichtaufgaben betreffen, seit Jahren sorgfältig geplant werden und an deren Umsetzung nun endgültig kein Weg mehr vorbeiführt<< nicht nur immer wieder erwähnen, sondern einer nach dem anderen auch noch fein säuberlich die Einzelprojekte aufzählen, dann brauchen wir uns auch nicht wundern, wenn die Haushaltsreden gefühlt immer länger werden.

Zumal dann zusätzlich zu den >>millionenschweren Einzelprojekten, die kommunale Pflichtaufgaben betreffen, seit Jahren sorgfältig geplant werden und an deren Umsetzung nun endgültig kein Weg mehr vorbeiführt<<, dann auch noch immer die Wunschprojekte der einzelnen Fraktionen dazukommen und diese, wie alle 6 Jahre, gerade wieder eine erstaunliche Höchstzahl erreichen. Jedenfalls hören wir gerade im Wahlkampf sehr viel von frischen Ideen.

Der künftige Stadtrat wird also eine Maximalzahl an Ideen mit einem Minimum an finanziellen Spielraum unter einen Hut bekommen müssen. Ich will nicht unken, aber für das "Feuerwehrhaus auf Stelzen" vom Kollegen Buortesch könnte es da echt eng werden.

Da sind wir als Grüne echt froh, dass eines unserer Wunschprojekte, nämlich die fahrradfreundliche Stadt und die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes mittlerweile Beschlusslage sind. Da müssen wir nur noch drauf achten, dass die damit verbundenen vielen kleinen Maßnahmen nicht angesichts der >>langen Liste an millionenschweren Einzelprojekten, die kommunale Pflichtaufgaben betreffen ...<< also, dass die nicht im Investitionsstau stecken bleiben.

Etliche Hausnummern größer ist dagegen das Thema Nahwärmeversorgung, idealerweise mittels Geothermie. Auch das ist keine unmittelbare Pflichtaufgabe, würde uns aber bei einer erfolgreichen Umsetzung nicht nur bei unseren formulierten Klimaschutzzielen deutlich weiterbringen, sondern wäre für die Stadt, die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger auch von größter wirtschaftlicher Bedeutung. Auch hier freuen wir uns, dass der Haushalt Mittel für weitere Schritte vorsieht.

Das ganz große Wunschprojekt ist aber – auch das schlägt sich im Wahlkampf nieder – die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Das Thema ist nicht neu, wir hatten das schon vor ungefähr 15 Jahren regelmäßig in den Haushaltsanträgen unserer damaligen Fraktionsgemeinschaft mit Bürgerforum, den Freien Wählern und dem Wasserburger Block.

Neu ist aber, dass man da jetzt nicht mehr gefragt wird, wie das gemeint sein soll, man wäre ja schließlich nicht in München. Nein, das Thema geht uns inzwischen alle an und es fühlen sich, wenn man die Verlautbarungen im Wahlkampf sieht, zum Glück auch alle politischen Gruppierungen davon angesprochen. Nur leider fehlt es hier dann tatsächlich an zündenden Ideen, wie wir das voranbringen. Zumindest an solchen Ideen, die mit den aktuellen Rahmenbedingungen, der Gemeindeordnung und den vier Grundrechenarten vereinbar sind.

Die Landes- und Bundespolitik hat vordergründig reagiert. Es wurde Devise "Bauen, Bauen, Bauen" ausgegeben und mit Modernisierungsgesetzen und Bauturbo

Genehmigungsverfahren verkürzt oder ganz überflüssig gemacht.

So wurde der Eindruck erweckt, dass es die schlimme Bürokratie wäre, die den Wohnungsbau verteuert und Mieten unbezahlbar gemacht hat.

Es zeigt sich aber: die Bürokratie ist es nicht. Aufwändige Bauleitplanverfahren mögen lästig sein, haben aber nach meiner Erinnerung in Wasserburg noch kein Wohnbauprojekt verhindert. Nein, es ist das Bauen selbst, also die Steigerung der Baukosten, die hier durchschlagen.

Der Baupreisindex belegt, dass sich die Preise für Wohngebäude im Zeitraum 2010 bis 2022 um 64% erhöht haben. Der Häuserpreisindex, der die Preisentwicklung aller Markttransaktionen für Wohnimmobilien angibt, nennt im gleichen Zeitraum einen Verteuerung um rund 94%. Die Inflationsrate liegt derweil bei vergleichbar bescheidenen 25%.

Ohne massive Förderungen ist also der Neubau von Wohnraum zu günstigen Mietpreisen, nicht möglich. Die Fördertöpfe sind aber leer, ob und wann sie wieder gefüllt werden ist derzeit nicht absehbar.

Natürlich ändert das nichts daran, dass der Mangel an bezahlbarem Wohnraum erheblichen gesellschaftlichen Zündstoff bietet und die Abhilfe einer unserer drängendsten Aufgaben in den kommenden Jahren sein wird. Platte Parolen und Populismus werden uns hier aber nicht weiterhelfen. Die Lösungsansätze werden wohl vielfältig und kleinteilig sein müssen, etwa über ein Leerstandsmanagement, wie wir das schon öfter angeregt haben.

Auch wenn das bedeutet, dass eine spürbare Entlastung erst über einen langen Zeitraum erreicht werden kann. Und natürlich bedeutet es, dass wir zur Lösung des Problems zwar beitragen, es aber nicht im Alleingang bewältigen können.

Zumal wir über den Wunsch, neuen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, unsere Bestandsmieter nicht übersehen dürfen. Zum bezahlbaren Wohnen gehören auch bezahlbare Nebenkosten. Gerade in unseren Wohnungen mit den günstigsten Quadratmetermieten, in denen oft auch die preissensibelsten Mieter zuhause sind, können wir die notwendigen energetischen Sanierungen nicht ewig aufschieben und müssen trotzdem schauen, dass wir die Leute mit der Warmmiete dann nicht überfordern.

Zusammenfassend lässt sich sagen: die Aufgaben für die Zukunft werden nicht weniger, dafür aber deutlich schwieriger. Umso schöner, dass sich diesen Aufgaben nicht nur 4 Bürgermeisterkandidaten, sondern auch 177 Stadtratskandidat\*innen auf 8 Listen stellen wollen. Dafür gebührt jeder Einzelnen und jedem Einzelnen Respekt.

Für heuer bedanken wir uns wie jedes Jahr bei der Verwaltung, insbesondere dem Team der Kämmererei, das sich nach unserer Einschätzung wirklich gesucht und gefunden hat.

Die Grüne Stadtratsfraktion stimmt der Haushaltssatzung, dem Haushaltsplan der Stadt Wasserburg und der Heiliggeist-Spitalstiftung zu. Für den Wirtschaftsplan der Stadtwerke darf ich an die Werkreferentin übergeben.